

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 19. April 2023
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Alexander Herrmann

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Martin Wagner
Michael Deininger
Andreas Ernst
Helga Gall
Rudi Hoffmann
Bettina Hölzle
Rainer Jünger
Luzius Kloker
Franziska König
Marius Polter
Wolfgang Schraml
Simon Springer
Stefanie Windhausen-Grellmann

Entschuldigt sind

Thomas Betz
Anna Klinke
Sabine Pittroff

Öffentliche Sitzung:

1. Bürgersprechstunde und
Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 29.03.2023, öffentlicher Teil
2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung
3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes
4. 3. Änderung Bebauungsplan Ortsmitte, Vorstellung des Vorentwurfs, ggf.
Auslegungsbeschluss
5. 9. Änderung Bebauungsplan Kirchberg-Süd; Abwägung der eingegangenen
Bedenken und Anregungen und ggf. Satzungsbeschluss
6. Antrag auf Baugenehmigung: Abbruch eines Bestandsgebäudes und Errichtung
eines Wohngebäudes, eines Gästehauses mit Parkdeck; Pfitznerstraße 2; FlNr.
359/3 Gem. Unterschondorf;
7. Moraschbrücke; Ergebnis Brückenprüfung und weitere Vorgehensweise
8. Neubau Kindergarten und -krippe an der Bergstraße - Stufenweise Beauftragung
Architektenleistung: Beauftragung Stufe 1 +2 (LPH 1-4)
9. Umrüstung der Straßenbeleuchtung
10. Antrag TSV 1920 Schondorf e.V., Tennisabteilung für ein Darlehen zum Bau eines
sechsten Tennisplatzes
11. Ruhezeiten bei Urnenbestattung
12. Antrag auf Genehmigung zur Plakatierung - Gartentage und Ritterturnier
Kaltenberg
13. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
14. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Bürgersprechstunde und Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 29.03.2023, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

Herr Schindler erläutert, dass er ein Schreiben bzgl. der Nichtaufstellung des Pfitzner-Denkmals an Herr BGM Herrmann gesandt wurde und bisher keine Antwort zugegangen ist. Herr BGM Herrmann teilt mit, dass zu diesem Thema eine Ausschuss-Sitzung stattfinden wird, sobald der Textentwurf vorliegt. In dieser Kultur-Ausschusssitzung wird dann auch das Schreiben von Herrn Schindler behandelt werden.

Herr Schindler teilt zudem mit, dass er Mitglied des ADFC ist und dass es häufig Unfälle mit E-Fahrrädern gibt, meist durch Eigenverschulden. Der ADFC führt Fahrsicherheitstrainings durch, allerdings nur in Landsberg. Herr Schindler bietet an, für Schondorf ein Fahrsicherheitstraining zu organisieren – hierzu wird ein asphaltierter oder gepflasterter großer Platz benötigt – evtl. ist auch eine Durchführung auf dem EDEKA Parkplatz oder in Utting (Feuerwehr) möglich. Der Gemeinderat begrüßt dies – es werden keine Kosten für die Gemeinde anfallen.

Herr BGM Herrmann teilt mit, dass der TOP 6 in der kommenden Gemeinderatssitzung am 10.05.2023 behandelt werden wird.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 29.04.2023, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	12	0

Hinweis:

Die Gemeinderäte Polter und Jünger enthalten sich einer Stimmabgabe wegen damaliger Abwesenheit.

2. Bericht über Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung

Sachverhalt:

Der Pachtvertrag zwischen der Gemeinde und dem Landheim hinsichtlich einer möglichen Errichtung einer Kneippanlage wurde aufgehoben.

3. Informationen an den Gemeinderat / Verschiedenes

Sachverhalt:

Herr BGM Herrmann möchte gerne für das Dorfvereinturnier vom Gemeinderat eine Mannschaft aufstellen – gerne gemischt. Das Turnier findet am 20.05.2023 statt. Herr Polter und Herr Schraml überlegen – von den anwesenden Damen hat niemand Zeit.

4. 3. Änderung Bebauungsplan Ortsmitte, Vorstellung des Vorentwurfs, ggf. Auslegungsbeschluss

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 10.04.2019 die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan „Ortsmitte“ beschlossen.

Der Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Ortsmitte“ wurde erweitert und damals als „Urbanes Gebiet“ nach § 6a BauNVO ausgewiesen.

Der geänderte Geltungsbereich umfasste die Flur-Nrn. 332/25, 332/7, 161/2, 161/7, 161/10, 161/11, 152/3 (neue Flur-Nr.), 152/2 Gemarkung Oberschondorf und Flur-Nr. 196/70 Gemarkung Unterschondorf, sowie Straßenfläche Flur-Nr. 332/10 TF Gemarkung Oberschondorf.

Mit der Ausarbeitung der Änderung des Bebauungsplanes wurde der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München beauftragt.

Folgende Ziele sollen mit der Erweiterung des Umgriffs der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Ortsmitte“ verfolgt werden:

- Steuerung des Baurechts im Geltungsbereich im Hinblick auf den Erhalt der dörflich gewachsenen Struktur im Sinne der vorhandenen Mischnutzung
- Ausweisung eines der Lage und Vornutzung angemessenen Baurechts
- Konfliktlösung bezüglich der Emissions-/Immissionsproblematik

Nachdem sich die Umsetzung eines Urbanen Gebietes schwer mit den genannten Zielen vereinbaren ließ, liegt nun ein neuer Entwurf für die 3. Änderung vor. Dieser sieht statt eines Urbanen Gebietes nun ein Mischgebiet vor. Außerdem werden Teile des geltenden Bebauungsplanes (westlich, violett), die lediglich nachrichtlich übernommenen Grundstücke in Bahnbesitz, welche bahnbetrieblich gewidmet sind, aus dem Geltungsbereich genommen. Für diese Flächen wird eine Teilaufhebung durchgeführt, welche mit dem gegenständlichen Änderungsverfahren erfolgt.

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München erstellten Vorentwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Ortsmitte“ (3. Änderung und Erweiterung sowie Teilaufhebung) in der Fassung vom 19.04.2023 und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange. Die Änderung sowie Teilaufhebung erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	13	1

5. 9. Änderung Bebauungsplan Kirchberg-Süd; Abwägung der eingegangenen Bedenken und Anregungen und ggf. Satzungsbeschluss
Sachverhalt:

Nachdem der Gemeinderat den vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München erstellten Entwurf der 9. Änderung des Bebauungsplanes „Kirchberg-Süd“ in der Fassung vom 21.12.2022 gebilligt hatte wurde in der Zeit vom 14.02.2023 bis 14.03.2023 erneut öffentlichen Auslegung nach § 4a Abs. 3 BauGB, sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 13a BauGB durchgeführt.

Die eingegangenen Bedenken und Anregungen muss der Gemeinderat nun abwägen.

Anlage 1 ist Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Schondorf nimmt vom Verfahren nach § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB, erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und erneute Behördenbeteiligung, Kenntnis.

Der Gemeinderat der Gemeinde Schondorf beschließt den Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ 9. Änderung mit Begründung in der Fassung vom 19.04.2023 als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan „Kirchberg-Süd“ 9. Änderung in der Fassung vom 19.04.2023 ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

6. Antrag auf Baugenehmigung: Abbruch eines Bestandsgebäudes und Errichtung eines Wohngebäudes, eines Gästehauses mit Parkdeck; Pfitznerstraße 2; FlNr. 359/3 Gem. Unterschondorf;
Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt und in der Sitzung am 10.05.2023 behandelt.

7. Moraschbrücke; Ergebnis Brückenprüfung und weitere Vorgehensweise

Sachverhalt:

Zur Gewährleistung der Sicherheit von Brücken als Ingenieurbauwerk werden in regelmäßigen Abständen Bauwerksprüfungen und Bauwerksüberwachungen nach der DIN 1076 durchgeführt. Bei den Bauwerksprüfungen werden die Bauwerke nach einem systematisierten Verfahren geprüft und vorgefundene Schäden nach den Kriterien Standsicherheit, Verkehrssicherheit und Dauerhaftigkeit bewertet.

Das Ingenieurbüro Puhla wurde mit Angebot vom 19.10.2022 durch Gemeinderatsbeschluss in der Sitzung vom 09.11.2022 mit der Prüfung der Moraschbrücke in Schondorf beauftragt. Das Ergebnis der Brückenprüfung liegt nun vor:

-> der Gesamtzustand der Brücke ist mit 3,0 bewertet worden (kritischer Bauwerkszustand), der Zustand ist zudem in drei Bereiche unterteilt bewertet worden:

1. Standsicherheit:

- Bewertung: 3
- Die Standsicherheit ist beeinträchtigt. Die Nutzung durch landwirtschaftlichen Verkehr ist untersagt. Der defekte Absperrpoller ist unverzüglich zu reparieren, bzw. auszutauschen.

2. Verkehrssicherheit:

- Bewertung: 3
- Die Verkehrssicherheit des überführenden Verkehrsweges ist durch fehlende Schrammborde sowie die geringe Geländerhöhe beeinträchtigt. Da der Scheitelbereich des Hauptbogens hinsichtlich der Betonverwitterung noch einen guten Zustand aufweist, wird die Gefahr des Herabfallens von sich lösenden Betonbrocken auf den unterführenden Verkehrsweg, bzw. einen Zug gegenwärtig noch als eher gering eingeschätzt.

3. Dauerhaftigkeit:

- Bewertung: 3
- Die festgestellte Schädigung des Betongefüges wird infolge von Feuchtigkeit und Frost zunehmen. Der Bewuchs an der Bauwerksobenseite fördert die Lageverschiebung der Gesimssteine sowie das weitere Eindringen von Wasser in das Bauwerk und ist unverzüglich zu entfernen. Die Dauerhaftigkeit ist also stark eingeschränkt.

4. Bilderdokumentation:

Bild 1





Die empfohlenen, sofort umsetzbaren Maßnahmen (Reparatur des defekten Absperrpollers und Entfernung des Bewuchses soweit möglich) wurden bereits an den Bauhof zur Erledigung delegiert.

Auf Grund des kritischen Bauwerkszustands empfiehlt die Verwaltung bereits jetzt Maßnahmen zur Sanierung des Bauwerks anzustoßen und zu planen um die Brücke dauerhaft erhalten zu können und den fortschreitenden baulichen Zerfall zu stoppen. Hierfür wurde das Ingenieurbüro Puhla um ein Angebot für die **Grundlagenermittlung (LPH 1) und Vorplanung (LPH 2)** gebeten:

Honorarangebot:

1. Objektplanung für Ingenieurbauwerke nach §44 HOAI nur LPH 1+2:

Position	Ingenieurbüro Puhla GmbH&Co.KG
Anrechenbare Kosten	ca. 350.000€ (geschätzt)
Honorarzone	III
Honorarsatz	Mindestsatz
Leistungsumfang	12% (LPH 1+2)
Stundensätze netto	120,00€/ 95,00€/ 85,00€/ 70,00€
Nachlass/Zuschlag	-/-
Nebenkosten	nach Aufwand
GESAMTHONORAR brutto	ca. 5.204,74€ brutto *

2. Tragwerksplanung nach §52 HOAI nur LPH 2:

Position	Ingenieurbüro Puhla GmbH&Co.KG
Anrechenbare Kosten	ca. 315.000€ (geschätzt)
Honorarzone	III
Honorarsatz	Mindestsatz
Leistungsumfang	10% (LPH 2)
Stundensätze netto	120,00€/ 95,00€/ 85,00€/ 70,00€
Nachlass/Zuschlag	-/-
Nebenkosten	nach Aufwand
GESAMTHONORAR brutto	ca. 3.693,44€ brutto *

-> GESAMTHONORAR brutto: ca. 8.898,18€ für Grundlagenermittlung und Vorplanung.

**Die Vergütung nach HOAI richtet sich immer nach der Planungsaufgabe und nie nach dem tatsächlichen Aufwand. Die HOAI ist aufwandsneutral. Die Größe der Planungsaufgabe wird:*

- Bei Flächenplanungen nach der zu überplanenden Fläche definiert.

- Bei Leistungsbildern der Objekt- und Fachplanung nach den anrechenbaren Kosten definiert.

*Bei den anrechenbaren Kosten handelt es sich um **Kosten der baulichen Umsetzung** der Planung. Welche Kosten bei welcher Planung zu den anrechenbaren Kosten gehören unterscheidet sich maßgeblich nach dem Leistungsbild und werden für die Honorarermittlung zunächst nur grob geschätzt. Im Laufe des Projektfortschritts werden diese anrechenbaren Kosten in der Kostenberechnung nochmals genauer fixiert und dann als Basis für die tatsächliche Honorarfestlegung herangezogen. Bei einem Honorarangebot nach HOAI handelt es sich somit immer um eine Honorarschätzung.*

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle	Soll HH 2023	Ausgaben bisher
781.9500	10.000 €	0 €

Die Ausgabe ist im Haushaltsplan unter dieser Haushaltsstelle vorgesehen.

Der Feldwegeausbau ist eine freiwillige Leistung, da der Ausbau durch Erlass einer Satzung im Ermessen der Gemeinde liegt.

Es handelt sich allerdings um eine Ausgabe des Vermögenshaushalts und ist aus sicherheitstechnischen und erhaltungswürdigen Gründen erforderlich.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung das Ingenieurbüro Puhla GmbH&Co.KG aus Kaufering mit der Grundlagenermittlung und der Vorplanung (LPH 1+2) für ein Sanierungskonzept der Moraschbrücke zu beauftragen zu einem Honoraransatz entsprechend dem Angebot vom 11.04.2023 für Objektplanung und Tragwerksplanung von gesamt **ca. 8.898,18€ brutto**.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

8. Neubau Kindergarten und -krippe an der Bergstraße - Stufenweise Beauftragung Architektenleistung: Beauftragung Stufe 1 +2 (LPH 1-4)

Sachverhalt:

Für den Neubau des Kindergartens und –krippe an der Bergstraße ist im Architektenvertrag vom 31.05.2022 festgelegt, dass die Architektenleistungen stufenweise beauftragt werden:

- Stufe 0: Machbarkeitsstudie (vorgeschaltet)
- Stufe 1: LPH 1+2 – Grundlagenermittlung und Vorplanung (insg.7% des Gesamtleistungsumfangs)
- Stufe 2: LPH 3+4 – Entwurfs- und Genehmigungsplanung (insg.18% des Gesamtleistungsumfangs)
- Stufe 3: LPH 5-7 – Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe (insg.39% des Gesamtleistungsumfangs)
- Stufe 4: LPH 8-9 – Bauüberwachung und Dokumentation, sowie Objektbetreuung (insg.34% des Gesamtleistungsumfangs)

Die Machbarkeitsstudie ist abgeschlossen, der aktuelle Planungsstand liegt zwischen Stufe 1 und 2 (die Grundlagenermittlung ist fast vollständig abgeschlossen, die Planung bewegt sich dynamisch zwischen Vorplanung und in Teilen bereits Entwurfsplanung).

Folgende Honorarparameter wurden vom Büro Mahlkecht Herrle Architektur GbR im Rahmen des VgV-Verfahrens angeboten:

Position	Mahlkecht Herrle Architektur GbR
Anrechenbare Kosten	noch nicht bekannt
Honorarzone	III
Honorarsatz	Basissatz
Leistungsumfang	100% (LPH 1-9, zzgl. Machbarkeitsstudie)
Stundensätze netto	85,00€/ 60,00€/ 50,00€
Nachlass	- 4%
Nebenkosten	3%
GESAMTHONORAR brutto	Noch nicht bekannt *

Es ist ein Beschluss über die Beauftragung des Architekturbüros Mahlkecht Herrle Architektur GbR aus München mit den Planungen entsprechend Stufe 1+2 zu fassen.

**Die Vergütung nach HOAI richtet sich immer nach der Planungsaufgabe und nie nach dem tatsächlichen Aufwand. Die HOAI ist aufwandsneutral. Die Größe der Planungsaufgabe wird:*

- Bei Flächenplanungen nach der zu überplanenden Fläche definiert.

- Bei Leistungsbildern der Objekt- und Fachplanung nach den anrechenbaren Kosten definiert.

*Bei den anrechenbaren Kosten handelt es sich um **Kosten der baulichen Umsetzung** der Planung. Welche Kosten bei welcher Planung zu den anrechenbaren Kosten gehören unterscheidet sich maßgeblich nach dem Leistungsbild und werden für die Honorarermittlung zunächst nur grob geschätzt. Im Laufe des Projektfortschritts werden diese anrechenbaren Kosten in der Kostenberechnung nochmals genauer fixiert und dann als Basis für die tatsächliche Honorarfestlegung herangezogen. **Bei einem Honorarangebot nach HOAI handelt es sich somit immer um eine Honorarschätzung.***

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle	Soll HH 2023	Ausgaben bisher
4642.9400	500.000 €	0 €

Die Ausgabe ist im Haushaltsplan unter dieser Haushaltsstelle vorgesehen.

Die Kinderbetreuung ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Diskussionsverlauf:

Fr. Gall bittet darum, den Architekten erneut zur weiteren Vorstellung des Projektes in den Gemeinderat einzuladen, um die weitere Planung abzustimmen und Einsparpotentiale zu benennen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Weiterbeauftragung des Büros Mahlkecht Herrle Architektur GbR aus München für den Neubau Kindergarten und –krippe an der Bergstraße

und ermächtigt die Verwaltung die Stufen 1+2 (LPH 1-4) entsprechend dem Architektenvertrag vom 31.05.2022 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	11	3

9. Umrüstung der Straßenbeleuchtung

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 29.11.2021 hat der Gemeinderat die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf stromsparende LED-Leuchten beschlossen. Die Verwaltung hat daraufhin einen Antrag auf Förderung bei der ZUG GmbH gestellt, der am 23.05.2022 bewilligt wurde.

Seitens der Bayernwerke liegt nun ein Konzept für die Umrüstung vor. Es beinhaltet drei Varianten. In allen drei Varianten werden die vorhandenen technischen Leuchten durch technische Leuchten ersetzt, die an anderer Stelle im Ort schon im Einsatz sind. Die Umrüstung wird in allen drei Varianten mit ca. 20.000,- € gefördert. Die vorhandenen 191 Bavaria-Leuchten (gestalterische Leuchten) werden in Variante 1 mit einem LED-Einsatz umgerüstet. Die Umrüstung ist nicht förderfähig, ist jedoch preislich für die Gemeinde interessant, da der Preis für den Umrüstsatz unter dem Preis einer geförderten Leuchte liegt. In Variante 2 werden die Bavarialeuchten durch die gestalterische Leuchte Siteco Pilz ersetzt. Diese Umrüstung ist förderfähig. Die Förderung beträgt ca. 29.500,- €. Variante 3 sieht einen Ersatz der Bavaria-Leuchten durch das Modell Saturn vor. Dies ist die teuerste Variante, da die Leuchte an sich teurer ist, die Förderung aber mit 29.500,- € gleich bleibt. Die Lichtfarbe der gestalterischen Leuchten kann 2.200 K, 2.700 K oder 3.000 K betragen. Die Leuchten können ab Werk programmiert werden, um Sie in einem bestimmten Zeitraum der Nacht auf 50% ihrer Leistung zu dimmen. (s. Mail vom 12.04.2023)

Der Gemeinderat muss nun eine Entscheidung für eine der drei Varianten treffen, damit eine zügige Umsetzung erfolgen kann.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle	Soll HH 2023	Ausgaben bisher
670.9600	200.000 €	1.269,68 €

Die Ausgabe ist im Haushaltsplan unter dieser Haushaltsstelle vorgesehen.

Die Straßenbeleuchtung ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Umrüstung der noch nicht mit LED-Technik ausgerüsteten Straßenlampen nach Variante 1.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

Beschluss:

In Wohngebieten soll die Dimmung 30 % und andere Bereiche 50 % Dimmung betragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

Beschluss:

Als Dimmungszeitraum wird festgelegt: 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	8	6

Beschluss:

Als Lichtfarbe werden 2700 K festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	10	4

10. Antrag TSV 1920 Schondorf e.V., Tennisabteilung für ein Darlehen zum Bau eines sechsten Tennisplatzes

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 1. März 2023 wurde der Antrag der Tennisabteilung des TSV 1920 Schondorf e.V. hinsichtlich eines gemeindlichen Zuschusses in Höhe von € 40.000,- abschlägig beschieden.

Die Tennisabteilung stellt nunmehr den Antrag für ein Darlehen in Höhe von € 40.000,- für den Bau eines sechsten Tennisplatzes.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage beigelegt.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle	Soll HH 2023	Ausgaben bisher
550.9270	50.000 €	0 €

Die Ausgabe ist im Haushaltsplan unter dieser Haushaltsstelle vorgesehen.

Die Ausgaben für Sport ist eine freiwillige Leistung. Sie ist dieses Jahr ausschließlich als Darlehen möglich.

Die Auszahlung ist erst nach Vorlage entsprechender Rechnungen möglich.

Diskussionsverlauf:

Aus der Sitzung 4. März 2020

Herr Herrmann berichtet bezüglich des Termins mit Herrn Maik Klehn, Vorstand TSV Schondorf. Es wurden folgende Kreditmodalitäten besprochen:

- Auszahlung des Darlehens in Höhe von € 75.000,- zu 50 % sofort – Rest auf Abruf
- Zinspreis 0,0 % zunächst bis 31.12.2030 unveränderlich
- Tilgung € 3.500,- jährlich – Beginn der Tilgung ab 2021 – Tilgungsleistung immer zum Jahresende
- Tilgung für das Jahr 2020 ausgesetzt
- Sondertilgungen jederzeit möglich
- Frühere Rückzahlung des Darlehens jederzeit möglich

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt für die Festlegung eines Zinses in Höhe von 1 %.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	1	13

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dafür, das Darlehen in Höhe von 40.000,- Euro an den bestehenden Darlehensvertrag des TSV Schondorf anzuhängen, damit erhöht sich die Laufzeit. Die Rückzahlungsmodalitäten werden analog des bestehenden Vertrages geregelt. Sondertilgungen sind jederzeit durch den TSV (Tennisabteilung) möglich. Die Bebauungsplanänderung ist noch nicht vollzogen. Ein Bau des Tennisplatzes kann erst nach Änderung des Bebauungsplanes begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	8	6

11. Ruhezeiten bei Urnenbestattung

Sachverhalt:

In letzter Zeit häufen sich die Anfragen für kürzere Ruhezeiten bei Urnenbestattungen. Die Ruhezeit definiert den Zeitraum zwischen der Bestattung eines Verstorbenen und der frühestmöglichen Grabauflösung. Die Ruhezeiten für Grabstätten werden individuell von den Friedhofsträgern geregelt und können daher von Friedhof zu Friedhof variieren. Grundsätzlich soll die Dauer der Ruhezeit sicherstellen, dass ein Leichnam vollständig verwest ist, bevor es zur Grabauflösung kommt und die Grabstelle neu vergeben wird. Auch die Bestattungsart nimmt Einfluss auf die Ruhezeit. So liegt die Ruhezeit für eine Grabstätte, die für eine Erdbestattung im Sarg bestimmt ist, zwischen 20 und 30 Jahren. Hierbei kommt

es vor allem auf die Bodenbeschaffenheit an. Die Ruhezeit für ein Urnengrab liegt im Durchschnitt bei etwa 10 bis 20 Jahren.

In Schondorf sind die Ruhezeiten für eine Urnenbestattung in einem Erdgrab auf 20 Jahre festgelegt. Für eine Bestattung in der Urnenwand liegt sie auch bei 20 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit kann eine Neuvergabe der Grabstelle erfolgen. Etwaige Überreste der Urne werden entsorgt, Aschereste werden anonym bestattet. (Bei Ablauf aus der Urnennische). Bei Urnenbestattungen im Erdgrab verbleibt die Urne im Grab. Seit ein paar Jahren werden nur noch Biournen bestattet.

Diese lösen sich nach ca. 10 Jahren vollständig auf, je nach Bodenbeschaffenheit.

Die Gemeinde Greifenberg hat beispielsweise eine Ruhezeit bei Urnenbestattungen von 10 Jahren in der Urnennische. Bei Urnenbestattungen im Erdgrab ist die Ruhefrist auch auf 20 Jahre festgelegt.

Der Gemeinderat muss entscheiden, ob die Ruhezeit bei Urnenbestattungen verkürzt werden soll. Das hat für die Hinterbliebenen vor allem finanzielle Auswirkungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine Verkürzung der Ruhezeit bei Urnenbestattungen auf zehn Jahre.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	14	0

12. Antrag auf Genehmigung zur Plakatierung - Gartentage und Ritterturnier Kaltenberg

Sachverhalt:

Die Regional Aussenwerbung beantragt für die Veranstaltung „Gartentage Kaltenberg“ vom 12.05.2023 – 14.05.2023 DINA1 Plakate aufzustellen (max. Anzahl).

Die Aussenwerbung Pfau GmbH beantragt für die Veranstaltung „Kaltenberger Ritterturnier“ vom 24.04.2023 – 15.05.2023 und 05.06.2023 – 30.07.2023 DINA0 Doppelstände aufzustellen.

Beschluss:

Den Anträgen auf Plakatierung wird zugestimmt. Pro Veranstaltung 10 Plakate.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
14	14	11	3

13. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil

Sachverhalt:

- Bauanträge wurden an das LRA weitergeleitet – Bauantrag Ringstraße nicht auf Wunsch der Antragsteller
- 1. Änderung BPlan Sportgebiet Bergstraße – öffentliche Auslegung läuft
- Festlegung der Bestattungsflächen – Info ging an Kämmerer für die Neukalkulation
- Lärmaktionsplan Beauftragung von Ingenieurleistungen sind erl.
- Archäologische Baubegleitung Kirchenacker – Beauftragung ist erl.
- Kreisseniorennachmittag – Info ging an LRA – Organisation läuft
- Zuschuss Kinderkulturkarawane – Schreiben ging an Antragstellerin
- Zuschuss Musikzentrum – Info ging an die Kasse – Antragsteller waren vor Ort
- Aufstellung der Gartenbank „Fr. Klas“ ist in Arbeit

14. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

Info, dass der Gemeindesteg durch die Fa. Papperger repariert wurde.

Hinweis bzgl. der Ecke „Am Alten Anger“ – der Pfosten, der verhindern soll, dass Fahrzeuge einfahren ist wieder da, wurde aber zeitweise entwendet. Leider umfahren manchen diesen Pfosten auch, so dass die Seitenflächen großflächig zerstört wurden.

Nachfrage Fahrbahnmarkierungen – die Verwaltung ist dran.

Herr Herrmann teilt mit, dass eine kleine Delegation vom 24.-26.4.23 nach Boves fährt. Der BGM von Boves hatte den italienischen Staatspräsident zu den Feierlichkeiten im Herbst eingeladen. Am 25.04.23 kommt nun der Staatspräsident. Herr Herrmann, Herr Bergmeier und Frau Gall fahren nach Boves.

Herr BGM Herrmann würde sich sehr freuen, wenn viele Gemeinderäte*innen an den Feierlichkeiten zur Einsetzung der Boves-Reliquien in St. Anna teilnehmen. Der Pontificalgottesdienst ist am Sonntag um 17.30 Uhr - anschließend Kirchenzug – gegen 20.00 Friedensessen in der Aula.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Alexander Herrmann
Erster Bürgermeister

Beate Strohmeier
Schriftführerin